

# Zuwanderungen nach Deutschland

## Nationale Minderheit der Roma soll wieder der Sündenbock sein

Von Herbert Heuss

Die gegenwärtige Diskussion um Armutsmigration und Zuwanderungen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten Rumänien und Bulgarien, genauso wie die vor einigen Wochen geführte Diskussion um die Einschränkung der Reisefreiheit für Serben und Mazedonier ist nicht neu. Es gab sie schon zu Beginn der 1990iger Jahre, als der Eiserne Vorhang fiel, der bis dahin dafür gesorgt hatte, dass Freizügigkeit und Reisefreiheit insbesondere von jenen lautstark gefordert werden konnte, die jetzt ebenso lautstark die Beschränkung der Freizügigkeit zum Schutz Deutschlands und seiner Sozialsysteme fordern. Damals waren es ebenfalls Roma, die wegen der dort nach dem Tod Ceausescus aufflackernden Pogrome aus Rumänien flohen, die als sogenannte „Armut Flüchtlinge“ und „Vorhut zukünftiger Armutswanderungen“ (so ein Spiegel-Titel aus dieser Zeit) als Begründung für die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl herhalten mussten.

Die aktuelle Diskussion über Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien, wie aus Serbien und Mazedonien, bei der in der Öffentlichkeit der von Bundes- und Landespolitikern erhobene Vorwurf des Missbrauchs der Freizügigkeit, des Sozialbetrugs oder des Asylmissbrauchs ausschließlich am Beispiel der Roma thematisiert wurde, zeigt, wie schnell die Minderheit wieder zur Zielscheibe rechtspopulistischer Propaganda gemacht werden kann. Denn hier wird die besondere Situation unserer Minderheit deutlich: jeder Vorwurf, auch gegen einen Einzelnen, wird - wenn er mit der ethnischen Zugehörigkeit verbunden wird – sofort auf die gesamte Minderheit übertragen und als Bestätigung aller alten Vorurteile wahrgenommen.

Wie unverantwortlich die Haltung einiger Regierungen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge ist, zeigen die Äußerungen des serbischen Außenministers, Ivan Mirkic, im Zusammenhang mit seinem Besuch in Deutschland Mitte Dezember 2012. Herr Mirkic erklärte in der deutschen Presse, dass Serbien „alles versucht“ habe, „um die Ausreise von Roma zu verhindern.“ Darüber hinaus machte der serbische Außenminister die serbischen Roma, die Bürger seines Landes sind, in zynischer Weise für ihre eigene, oft desolante Lebenssituation selbst verantwortlich, indem er erklärte: „Sie folgen nur ihrem eigenen Lebensstil ... Es gibt Roma, die sich entschieden haben, so zu leben.“ Das war seine Antwort auf die Frage, warum so viele Roma in Bretterverschlägen ohne Heizmöglichkeit leben müssen. Der serbische Außenminister verschleierte bewusst die politischen Verantwortlichkeiten und bedient sich einer populistischen Argumentation, die Roma pauschal verantwortlich für die hohen Zahlen von Asylbewerbern aus Serbien macht. In der serbischen Öffentlichkeit werden Roma inzwischen als Schuldige für die Androhung einer Wiedereinführung der Visapflicht hingestellt. Gleichzeitig wird die Roma-Minderheit für die Verzögerungen in den Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union verantwortlich gemacht. Auf diese Weise werden systematisch Spannungen zwischen Mehrheit und Minderheit in Serbien mit der Gefahr weiterer Diskriminierungen der Roma geschürt. Dies aber wird den Migrationsdruck in Serbien zweifellos noch mehr verstärken.

Zuwanderungen gibt es aus sehr vielen Ländern nach Deutschland und Westeuropa – im ersten Halbjahr 2012 sind 500.000 Menschen nach Deutschland zugewandert, die meisten aus Polen, aber ebenso auch aus vielen der neuen Mitgliedsländer und aus den Ländern, die von der Finanz-

krise besonders betroffen sind. Was die Migration aus Rumänien und Bulgarien anbetrifft, so muss klar sein, dass dies nicht allein Roma betrifft. Aus Rumänien sind in den letzten Jahren 3,6 Millionen Menschen ausgewandert – bei einer Bevölkerung von früher knapp 22 Millionen. Für Bulgarien gilt ähnliches, von früher über acht Millionen Menschen sind annähernd eine Million ausgewandert. Die Migration aus diesen beiden Ländern ist also kein Phänomen, das Roma allein betrifft, sondern vielmehr alle Schichten der Bevölkerung, insbesondere aber jene, die vor allem in den ländlichen Regionen keinerlei Perspektive besitzen. Der Anteil von Roma an dieser Migration entspricht nach Schätzungen des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma etwa deren Bevölkerungsanteil in diesen Ländern.

Hierbei darf nicht vergessen werden, dass diese Migrationen politisch gewollt waren. Mit der EU-Erweiterung sollten ausdrücklich Arbeitskräfte, und zwar auch weniger qualifizierte Arbeitskräfte, nach Westeuropa kommen können. Deutschland hat den Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer jeweils für mehrere Jahre gesperrt; Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien wird es erst von 2014 an geben. Andere EU-Länder haben den Zugang zum Arbeitsmarkt sehr viel früher, zum Teil mit dem Beitritt, freigegeben.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hat seit den 1990er Jahren regelmäßig auf die desolaten Lebensbedingungen großer Teile der Roma-Bevölkerung in den Ländern Mittelost- und Südosteuropas hingewiesen und die verantwortlichen Regierungen ebenso wie OSZE und Europäische Union aufgefordert, vor Ort entsprechende Programme umzusetzen, wie sie schließlich von der Europäischen Union in der Kommunikation der Kommission an die Mitgliedsstaaten 2011 gefordert wurden. Die Situation der von der Wende hin zur Marktwirtschaft massiv durch Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung betroffenen Roma hat sich in den vergangenen Jahren allerdings stetig verschlechtert. Hatten zuvor etwa in Ungarn, aber ebenso auch in den anderen Beitrittsländern, etwa 85 Prozent der Roma feste Arbeitsplätze und waren 15 Prozent arbeitslos, so haben sich die Verhältnisse nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Wirtschaften genau umgekehrt. Roma waren die ersten, die ihre Arbeitsplätze verloren, heute haben etwa 15 Prozent der Roma in diesen Ländern

feste Arbeitsplätze, und in manchen Regionen in Rumänien oder Bulgarien, Tschechien oder der Slowakei liegt die Arbeitslosigkeit unter Roma seit Jahren bei über 95 Prozent.

Diese Situation ist seit über zwanzig Jahren bekannt und vielfach dokumentiert. Die jährlichen Konferenzen von Europarat, Europäischer Union, OSZE, Weltbank, und die zahllosen Konferenzen und Seminare von Nicht-Regierungs-Organisationen thematisieren die Lage von Roma seit fast genauso langer Zeit, sie haben de facto aber wenig oder nichts zur Verbesserung der Lage von großen Teilen der Romabevölkerung beigetragen. Zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten in Osteuropa müssen wir ein nahezu vollständiges Versagen sowohl der Zivilgesellschaft wie der jeweiligen nationalen Regierungen konstatieren.

Von den Umstrukturierungen von Wirtschaft und Gesellschaft sind in den jeweiligen Ländern alle Bevölkerungsgruppen betroffen; bei Roma kommt jedoch ein entscheidendes Moment hinzu: der massive Rassismus, der seit Jahren von rechtsradikalen Parteien systematisch geschürt wird, der auf einem oftmals massiven Hass gegen Roma beruht, und der inzwischen weit in die Mitte der Gesellschaften akzeptiert ist. Dieser Rassismus ist nicht nur ein ideologisches Problem, oder eines der politischen oder pädagogischen Aufklärung. Dieser Rassismus bestimmt die Lebenswirklichkeit vieler Roma, er zeigt sich in der systematischen Ausgrenzung vom Zugang zu Bildung, Wohnen, Gesundheit und Arbeit. Es muss klar sein: die Slums und Gettos, in denen Roma unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen, sind manifester Ausdruck dieses strukturellen Rassismus.

In Serbien gibt es 600 bis 650 „informelle Siedlungen“, in denen von hundert bis über tausend Menschen in Hütten ohne jede Infrastruktur leben. Die Familien haben dort in der Regel einen Raum in einer kaum heizbaren Hütte, ohne Wasser, Strom oder Kanalisation. Entsprechend ist der Zugang zu Schule, zu Arbeit, zu Gesundheitsversorgung extrem schwierig; die Sterblichkeit unter Kindern ist überproportional hoch, die Lebenserwartung generell deutlich niedriger. In der Ostslowakei gibt es über 700 solcher Ghettos. Diese Siedlungen bestehen zum Teil seit Jahrhunderten. Heute sind diese Siedlungen in einem Zustand, wie Sie ihn kaum in den Slums Asiens oder Lateinamerikas

finden. In großen Teilen Rumäniens und Bulgariens ist die Situation ähnlich.

Dies ist ein Skandal für die jeweiligen Länder, und es ist ein Skandal für Europa. Die Kindersterblichkeit unter Roma, die Sterblichkeit überhaupt, ist signifikant höher als bei allen anderen Gruppen.

Diese desolate Situation, die vielen Roma nicht die geringste Perspektive in ihren Heimatländern bietet, bildet den dauernden Hintergrund für die aktuelle wie für zukünftige Migration. Armut und Ausgrenzung von einer derart großen Zahl von Menschen läßt sich nicht einfach durch schnelle Sozialprogramme abschalten. Insofern wird sich Deutschland mit einer längerfristigen Migration auseinandersetzen müssen, und Bund, Länder und Gemeinden müssen entsprechende politische und soziale Konzepte für die Integration der Menschen entwickeln. Zur Zeit tragen die Kommunen die Hauptlast der Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern. Zu Recht fordert hier der Deutsche Städtetag eine direkte Beteiligung des Bundes und der Länder an diesen Kosten der EU-Erweiterung, die die Städte alleine tragen.

Dabei haben die Städte, in denen viele Roma zugewandert sind, bereits zum Teil mit bemerkenswerten Programmen reagiert. In Städten wie Duisburg, Dortmund, Mannheim oder Berlin sind erhebliche Anstrengungen unternommen worden, um die schulische und sprachliche Integration zu fördern, um den Zugang zu Gesundheitsversorgung zu ermöglichen, um den oftmals ausbeuterischen Wohnverhältnissen abzuwehren usw. usw. Das geschieht durchaus auch im eigenen Interesse der Kommunen, die schon aufgrund der demographischen Entwicklung den Zuzug von kinderreichen Familien grundsätzlich begrüßen. Allerdings müssen diesen Kindern dann auch die gleichen Startchancen in der Gesellschaft gegeben werden. Dies bedeutet vor allem eine frühzeitige Einbindung in die vorschulische Bildung, die Beteiligung von Müttern und Vätern am Bildungsprozess der Kinder, Unterstützung von Jugendlichen beim Übergang von Schule zu Beruf, oder Alphabetisierung und Deutschkurse für Erwachsene.

Gegenwärtig sind zu viele der Menschen, die nach Deutschland kommen, Mietwucherern ausgeliefert und müssen für wenige Euro Stundenlohn auf Großbaustellen arbeiten. Ohne jeden rechtlichen Schutz werden sie zu Opfern ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse.

Ein positives Gegenbeispiel hat jüngst der Manager einer katholischen Wohnungsgesellschaft, Benjamin Marx, gesetzt. Das von ihm realisierte vorbildliche Wohnprojekt für Roma-Familien in der Harzer Straße in Berlin wurde bundesweit bekannt. Solche Vorzeigeprojekte bleiben jedoch die Ausnahme. In Deutschland sind es die Kommunen, die die Folgen der genannten Versäumnisse zu tragen haben, ohne dass sie an dem Entscheidungsprozeß der EU-Erweiterung überhaupt beteiligt waren.

Schließlich aber muss eines klar sein: wir können in Deutschland nicht die Probleme in den Herkunftsländern lösen. Weder ist das Asylrecht dafür das geeignete Instrument, noch können die Probleme dort durch Migration geändert werden.

Der Zentralrat hat deshalb die Bundesregierung aufgefordert, eine aktive Rolle bei der Umsetzung der EU-Strategie zur Verbesserung der Lage von Roma in Europa zu übernehmen, und zwar durch direkten Einfluss über die Europäische Union auf die Herkunftsländer, endlich die Programme zur gleichberechtigten Teilhabe von Roma dort umzusetzen, zuerst mit Infrastrukturprogrammen im Bereich von Wohnen und Arbeit. Es muss auch wirksam etwas dagegen unternommen werden, dass nur ein Bruchteil der Fördergelder aus Brüssel tatsächlich auf der lokalen Ebene bei Roma angekommen ist. Der Großteil der Gelder wurde umgeleitet für andere Vorhaben oder verschwand durch Korruption oder Inkompetenz. Ein wesentlicher Teil der in Brüssel bereitgestellten Mittel aus den Strukturfonds für die Verbesserung der Lage der Roma wurde von den Regierungen erst gar nicht abgerufen.

An diesen Programmen, die langfristig angelegt sein müssen, sollen Roma direkt beteiligt werden, um einerseits ein Einkommen erzielen zu können, und vor allen Dingen, um sich so für den Arbeitsmarkt weiter qualifizieren zu können. Wenn dies nicht endlich geschieht, dann wird sich die Situation in den Herkunftsländern weiter verschärfen.

**Der Autor:**

Herbert Heuss ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Zentralrat Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg